

2779

An die

Vorsitzende des Hauptausschusses

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über

Senatskanzlei - G Sen -

Graffitibeseitigung

63. Sitzung des Hauptausschusses vom 13. November 2019
Sammelvorlage Sen UVK – Z F 1 Fe – vom 25. Oktober 2019, Bericht 54, rote Nr. 2564

Kapitel 0740 – Tiefbau –
Titel 52120 – Graffitibeseitigung an Bauwerken der Hauptverwaltung –

Ansatz 2019:	150.000 €
Ansatz 2020:	200.000 €
Ansatz 2021:	200.000 €
Ist 2019:	178.798,44 €
Verfügungsbeschränkungen:	0,00 €
Aktuelles Ist (Stand 09.03.2020):	7.281,44 €
Gesamtkosten:	€

Der Hauptausschuss hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

„SenUVK
wird gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur Sitzung am 22.04.2020 im Rahmen eines Folgeberichts darzustellen, was die Bezirke, für die bisher keine Mittel zur Beseitigung von Graffiti angegeben waren (vgl. Bericht Nr. 54), für Graffitibeseitigung aufgewendet haben.“

Beschlussempfehlung

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Hierzu wird berichtet:

In den Bericht 54 vom 11.10.2019 sind die zum Zeitpunkt vorliegenden Rückmeldungen von sechs Stadtbezirken eingeflossen. Unmittelbar danach gingen Meldungen zweier weiterer Stadtbezirke ein. Die anderen Stadtbezirke wurden im März 2020 nochmals um Zuarbeit gebeten. Nachfolgend werden die vorliegenden Eingänge wiedergegeben.

Die geschätzten Kosten pro Jahr im Straßen- und Grünflächenamt Spandau belaufen sich für den Fachbereich Tiefbau und den Fachbereich Grünflächen und Friedhöfe insgesamt auf rund 20.000 € - 25.000 €.

Das Bezirksamt Neukölln teilte nach Prüfung und Rücksprache mit der eigenen Straßenaufsicht/Straßenunterhaltung mit, dass keine Graffiti-Beseitigungen an Ingenieurbauwerken im Zuständigkeitsbereich der Bezirke vorgenommen wurden

Das Bezirksamt Treptow-Köpenick hat mitgeteilt, dass keine Aufstellungen über Graffitibeseitigung vorliegen.

Aus den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Charlottenburg-Wilmersdorf und Reinickendorf liegen keine Rückmeldungen vor.

In Vertretung

Ingmar Streese
Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz